

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: David Rüll (KV München)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 672 bis 674 einfügen:

für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht nach dem Wohnsitz wird - soweit dies unionsrechtlich zulässig ist - eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um rein steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke

Begründung

Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit unterstützen wir. Im Verhältnis zu anderen EU-Mitgliedstaaten könnten einer solchen Regelung allerdings die unionsrechtlichen Grundfreiheiten (insbesondere die Niederlassungsfreiheit, die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit sowie die Kapitalverkehrsfreiheit) entgegenstehen. Das gilt es bei der Ausgestaltung zu berücksichtigen, weshalb wir den vorgeschlagenen Zusatz wichtig finden – auch um Kritik vorzubeugen.

weitere Antragsteller*innen

Herbert Weber (KV München); Oliver Strisch (KV Eichstätt); Erich Minderlein (KV Ortenau); Sonja Obermeier (KV Ebersberg); Frank Dürsch (KV München); Georg Nitsche (KV München); Holger Kramer (KV Landsberg-Lech); Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt); Thomas Mack (KV Neu-Ulm); Ulrich Lindner (KV Schwabach); André Höftmann (KV Fürth-Land); Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck); Tobias Gafus (KV Berlin-Mitte); Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land); Herbert Gross (KV Fürstenfeldbruck); Bettina Markl (KV Pfaffenhofen); Sarah Onken (KV Ebersberg); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Andreas Kraus (KV Nürnberg-Stadt); Lendita Musliji (KV München)